



Pascal Begrich / Thomas Weber

Zwei Jahre NPD-Vertreter/innen in den Kreistagen Sachsen-Anhalts

Ein Forschungsbericht

Ein Projekt der Hochschule Magdeburg-Stendal unter der wissenschaftlicher Leitung von Prof. Roland Roth sowie unter der Mitarbeit von Ulrike Albrecht, Frank Ebert, Philipp Fleschenberg, Wolfram Gebauer, Linda Guddat, Tobias Held, Steffen Jany, Michael Taeger und Nadine Wache.

Magdeburg im April 2009

1. Einleitung

Nach Jahren der Bedeutungslosigkeit gelang der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in Sachsen-Anhalt ab Sommer 2005 der organisatorische und personelle Neuaufbau. Getragen von politisch erfahrenen und im Kreis der so genannten Freien Kameradschaften aktiven rechtsextremen Kadern zog die NPD bei den Kommunalwahlen im April 2007 in sieben Kreistage Sachsen-Anhalts ein. Der Stimmenanteil lag mit 2,5 Prozent zwar deutlich hinter den eigenen Erwartungen, jedoch gelang es der neonazistischen Partei überall dort Mandate zu erringen, wo sie zur Wahl angetreten war. Damit ist die NPD in Sachsen-Anhalt mit 13 Abgeordneten in sieben Kreistagen und – seit 2004 – mit einer Abgeordneten im Stadtrat von Halle/Saale vertreten. Der Wahlerfolg ist zugleich Ausdruck einer wachsenden kommunalen Verankerung. Sie spielt, wie auch die Präsenz in den Parlamenten, im strategischen Verständnis der NPD eine herausragende Rolle. Im 1997 vom damals gewählten Bundesvorsitzenden Udo Voigt propagierten „3-Säulen-Konzept“ steht der „Kampf um die Parlamente“ gleichberechtigt neben dem „Kampf um die Straße“ sowie dem „Kampf um die Köpfe“.¹

Die Gruppe der kommunalen Mandatsträger/innen der NPD in Sachsen-Anhalt ist in sich heterogen: Zu ihnen zählen junge Kader aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“, der langjährige Landesvorsitzende der Partei sowie ehemalige Mitglieder der Republikaner. Ebenso heterogen ist das Agieren der NPD-Abgeordneten in den Kreistagen.

Das im Frühjahr 2007 initiierte Forschungsprojekt der Hochschule Magdeburg-Stendal in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt setzte sich zum Ziel, das Agieren der rechtsextremen Mandatsträger/innen sowie die Reaktionen und Gegenstrategien der demokratischen Fraktionen langfristig zu analysieren. Unter Bezug auf Analysen aus anderen Bundesländern² einerseits, die erste Einschätzungen zu möglichen Aktionsformen der rechtsextremen Mandatsträger/innen zuließen, sowie pragmatischen wie ressourcenbedingten Gesichtspunkten andererseits wurde die Beobachtung auf drei kommunale Gremien beschränkt: den Burgenlandkreis (Sitz des Kreistages: Naumburg), den Landkreis Harz (Halberstadt) und den Salzlandkreis (Bernburg).

Im Mittelpunkt standen u.a. folgende Fragestellungen: Welche Aussagen lassen sich über die Stabilität bzw. Instabilität der NPD-Fraktionen treffen? Welche Aktivitäten in Form von Anträgen und Anfragen entfalten die rechtsextremen Mandatsträger/innen? Welcher Themen bedienen sie sich? Wie ist ihr Auftreten in den parlamentarischen Gremien zu charakterisieren? Wie reagierten die demokratischen Fraktionen auf das Agieren der NPD? Welche Gegenstrategien entwickelten sie in der Auseinandersetzung mit der neonazistischen Partei auf der Ebene der Kreistage?

¹ Vgl. Voigt, Udo 1999: "Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend", in: Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN. Stuttgart, S. 469-475 und Brandstetter, Marc 2006: "Die vier Säulen der NPD", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, S. 1029-1031.

² Vgl. z.B. Beier, Katharina et al. 2007: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald; Hafenecker, Benno 1995: Politik der ‚extremen Rechten‘. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach/Ts oder Hafenecker Benno/Schönfelder, Sven 2007: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin.

Die Daten der vorliegenden Studie resultieren u.a. aus der Beobachtung der turnusmäßig stattfindenden Kreistagsitzungen, der inhaltlichen und formalen Auswertung der NPD-eigenen Anträge sowie der Analyse einschlägiger Medien der extremen Rechten („Deutsche Stimme“, Webseiten der NPD und der „Freien Kräfte“) und der Lokalmedien („Volksstimme“, „Mitteldeutsche Zeitung“). Darüber hinaus wurden im Herbst und Winter 2007 Interviews mit den Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien der drei Kreise zu ihren Erwartungen, Strategien des Umgangs und möglichen Problemen durchgeführt. Eine zweite Interviewreihe erfolgte im Winter und Frühjahr 2009.

Bei den hier vorgestellten Ergebnissen handelt es sich um einen Zwischenbericht. Eine ausführliche Auswertung und Analyse der erhobenen Daten ist für den Herbst 2009 geplant.

2. Der NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt

Der sachsen-anhaltische Landesverband der NPD befindet sich seit 2005 in einem Aufwärtstrend. Der strukturelle Aufbau von Kreisverbänden schritt voran, einzelne Personen sowie ganze Zusammenschlüsse aus dem neonazistischen Spektrum konnten als neue Mitglieder gewonnen werden. Vereinzelt Kampagnen zu Globalisierung sowie die Verteilung der Schulhof-CD und der Schülerzeitung „Jugend rebelliert“, aber auch die Wahlerfolge von 2007 rückten die Partei ins Licht der Öffentlichkeit. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die Annäherung der so genannten Freien Kameradschaften, die das Spektrum des organisierten Rechtsextremismus im Bundesland bis heute dominieren, an die neonazistische Partei. Infolgedessen kam es im August 2005 zur Neugründung des Landesverbandes der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Ihren Ausgangspunkt nahm diese Entwicklung in Wernigerode, weitere JN-Kreisverbände – so genannte Stützpunkte – entstanden in Bernburg, Staßfurt, Schönebeck, Halle, Sangerhausen und Magdeburg. Hiernach stockte die weitere Ausdehnung, einzelne Gliederungen haben sich sogar schon wieder aufgelöst oder ihre politischen Aktivitäten zurückgefahren. Mehrheitlich sind die neu entstandenen Strukturen der JN personell und organisatorisch identisch mit denen der jeweils regionalen „Freien Kameradschaften“ oder stehen in enger Verbindung zu ihnen. Insgesamt wurden dem Landesverband der NPD-Nachwuchsorganisation im Jahr 2007 etwa 50 Personen zugerechnet. Die Mutterpartei verfügte im Land über 250 Mitglieder und verharrt damit seit Jahren auf dem gleichen Niveau.³

Inzwischen ist es den Akteuren der „Jungen Nationaldemokraten“ sowohl personell als auch inhaltlich weitestgehend gelungen, in Sachsen-Anhalt die Strukturen des organisierten Rechtsextremismus zu dominieren. Federführend ist hierbei der so genannte Nationale Bildungskreis der JN. Dessen studentischen Mitglieder wie Michael Schäfer aus Wernigerode oder Matthias Gärtner aus Magdeburg publizieren zahlreiche (theoretische) Texte⁴ und stellen sich immer wieder extrem rechten Postillen wie der „Deutschen Stimme“ oder dem JN-Organ

³ Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) 2008: Verfassungsschutzbericht 2007. Magdeburg, S. 51ff.

⁴ Vgl. Schäfer, Michael 2007: „Mit alter Kraft zu neuer Stärke“, in: Der Aktivist 2/2007, S. 4-6 oder Gärtner, Matthias 2007: „Vom politischen Willensträger zum notwendigen Kader“, in: Der Aktivist 2/2007, S. 6-8.

„Hier & Jetzt“⁵, aber auch demokratischen Medien⁶ als Interviewpartner zur Verfügung. Mittlerweile hat sich unter Führung von Matthias Heyder ein neuer Landesvorstand der NPD gebildet, der den starken Einfluss des eher militanten und national-revolutionären Flügels aus dem JN-Umfeld widerspiegelt. Die gewachsene Bedeutung der „Jungen Nationaldemokraten“ in Sachsen-Anhalt schlägt sich zudem in der Verlegung der JN-Bundesgeschäftsstelle von Sachsen nach Bernburg nieder.

3. Die NPD und die Kommunalwahlen 2007

3.1. Der Kommunalwahlkampf der NPD

Die aufgrund der Kreisgebietsreform vorgezogene Kommunalwahl vom 22. April 2007 in weiten Teilen Sachsen-Anhalts wurde nach den organisatorischen und personellen Erneuerungen seit Sommer 2005 zum ersten Prüfstein für die Kampagnenfähigkeit der NPD sowie der regionalen Verankerung ihrer Mitglieder und Sympathisant/innen. Der Bedeutung für die Partei entsprechend, forderten die „Jungen Nationaldemokraten“ aussichtsreiche Listenplätze und ein Mitspracherecht bei der Themensetzung des Wahlkampfes. Dabei betonten die Akteure der JN ihren Anspruch „anders zu sein“ und gaben die Parole aus: „Heute als Jugend auf der Straße – Morgen als Jugend in den Parlamenten“⁷. Gemeinsam mit den Aktivist/innen der „Freien Kameradschaften“ verantworteten sie auch maßgeblich die Durchführung des Wahlkampfes. Sie hängten Plakate, verteilten Flugblätter und organisierten Infotische sowie Kundgebungen. Unterstützung erhielt der NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt zudem von zahlreichen Abgeordneten aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie Vertretern der Bundesführung. Inhaltlich beschränkte sich die NPD im Wahlkampf eher auf eine diffuse Vermittlung ihrer programmatischen Standpunkte zu sozialen und wirtschaftspolitischen Themen wie Hartz IV, Europäischer Union und Globalisierung sowie die Selbststilisierung als „Alternative zu den etablierten Blockparteien.“ Ein eigenes Kommunalwahlprogramm wurde indes nicht präsentiert.

Die NPD trat neben 15 weiteren Parteien zur Kommunalwahl an. Mit ihren gerade einmal 250 Mitgliedern stellte sie die beachtliche Zahl von 115 Bewerber/innen in sieben der 10 Kreise bzw. kreisfreien Städte auf. Weitaus bemerkenswerter als das Verhältnis von Männern und Frauen (Frauenanteil: NPD 22,6%, alle Parteien: 25,7%) ist die Altersverteilung: Mit einem statistischen Mittel von 37,1 Jahren stellte die NPD im Vergleich zu 49,6 Jahren im Altersdurchschnitt aller Parteien die jüngsten Kandidat/innen. Regionale Schwerpunkte bei der Listenaufstellung bildeten der Burgenlandkreis mit 55 Bewerber/innen für die NPD, gefolgt vom Harz und Anhalt-Bitterfeld mit 14 bzw. 13.⁸

⁵ Vgl. Interviews mit Michael Schäfer: „Wir stehen für einen modernen Nationalismus“, in: Deutsche Stimme 12/2007, S. 3 oder „Eigene Akzente setzen“, in: Hier & Jetzt 5/2007, S. 15-18.

⁶ Vgl. Schwenke, Philipp 2008: „Eloquent, geschmeidig, belesen“, in: Zeit Campus 3/2008, S. 22-31.

⁷ Nationaler Beobachter Wernigerode: "Wir mischen uns nicht nur ein, sondern wir mischen auch mit!", <http://wernigerode.nationaler-beobachter.de/?nav=1&seite=artikel&artikelId=981>, abgerufen am 13.10.2008.

⁸ Vgl. die Internetseiten des Statistisches Landesamtes Sachsen-Anhalt: <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw07/>, abgerufen am 23.03.2009.

3.2. Die NPD am Wahlabend

Die Kommunalwahl am 22. April 2007 wurde vorrangig aufgrund der Wahlbeteiligung von 36,4% – ein bundesweit historischer Tiefstand – öffentlich diskutiert. Der Stimmenanteil von landesweit 2,5% (2004: 0,7%) für die rechtsextreme NPD spielte daher in der öffentlichen Wahrnehmung eine untergeordnete Rolle. Insgesamt entfielen bei der Kommunalwahl 40.506 Stimmen auf die NPD. Ihre „Hochburgen“ lagen im Burgenland mit 4,7%, in Mansfeld-Südharz mit 4,2% sowie im Harz mit 3,6%. Den geringsten Anteil errang die NPD im Jerichower Land mit 2,3% der gültigen Stimmen. Das im Vergleich zu den genannten Landkreisen niedrige Wahlergebnis für die NPD ergibt sich aus der Tatsache, dass die Partei in den Landkreisen Börde und Wittenberg sowie der kreisfreien Stadt Dessau-Rosslau nicht zur Wahl angetreten war.⁹

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die NPD dort hohe Zustimmungswerte erreichte, wo ihre Kandidat/innen Präsenz zeigten oder im Gemeinwesen verankert sind. In der Fläche fehlt es jedoch dem hiesigen NPD-Landesverband seit Jahren an regional verankerten und gesellschaftlich anerkannten honorigen Personen, wie sie inzwischen mittels einer klugen Personalpolitik in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vorfindlich sind.

3.3. Rechtsextreme Bewertungen des Wahlausgangs in Sachsen-Anhalt

Die auf Distanz zur NPD bedachte rechtsextreme Informationsplattform „Altermedia“ bemerkte am Vortag der Kommunalwahl hämisch, dass bis auf den für das Amt des Landrates kandidierenden Wernigeroder Michael Schäfer keiner der zur Wahl stehenden Vertreter/innen bei öffentlichen Veranstaltungen ans Mikrofon trat.¹⁰ Stattdessen besuchten zahlreiche Funktionäre wie der Bundesvorsitzende Udo Voigt, der Generalsekretär Peter Marx oder der Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, die Wahlkampfstände und Kundgebungen.¹¹ Hierzu kommentierte „Altermedia“: „Es [geht] bei einer Kommunalwahl, ob man es nun hören will oder nicht, doch in erster Linie erst einmal um das direkte politische Engagement vor Ort und nicht um lokal beliebig austauschbare bundespolitische Allerweltsphrasen.“¹²

Ungewohnt selbstkritisch – immerhin versprach man sich im Vorfeld ein Ergebnis von 5 Prozent plus x – hieß es seitens des NPD-Landesverbandes mit Blick auf die erstarkten Bürgerinitiativen nach der Wahl: „Wir haben es leider versäumt, diese Sorgen und diese Ablehnung der Gebietsreform entsprechend zu thematisieren, und nicht genügend klargestellt, dass die Ziele der Bürgerinitiativen von uns genauso vertreten werden.“¹³ Einen weiteren Grund für das schlechte Abschneiden sah die rechtsextreme Partei in dem hohen Anteil an Nichtwähler/innen, die auch sie nicht zur Stimmabgabe bewegen konnte: „Wir

⁹ Vgl. Fußnote 8.

¹⁰ Vgl. Altermedia Deutschland: "Pünktlich vor der Wahl - Verfassungsschutz warnt vor Einschüchterungen als neuer Strategie der NPD", http://de.altermedia.info/general/fka-punktlich-vorder-wahl-verfassungsschutz-warnt-vor-neuer-strategie-der-npd-190407_9207.html, abgerufen am 08.10.2008.

¹¹ Vgl. Altermedia Deutschland: "Alle waren Sieger, auch wenn einer nur gewinnen kann – Wahlkampfabschluss in Wernigerode", http://de.altermedia.info/general/fka-alle-waren-siegerauch-wenn-einer-nur-gewinnen-kann-wahlkampfabschluss-in-wernigerode-210407_9237.html, abgerufen am 08.10.2008.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Altermedia Deutschland: "(Selbstkritische) NPD-Wahlanalyse zur Kommunalwahl", http://de.altermedia.info/general/selbstkritische-wahlanalyse-zur-kommunalwahl-260407_9298.html, abgerufen am 08.10.2007.

müssen in Zukunft somit noch viel mehr auf die Nichtwähler zugehen, die meinen, mit ihrem Wahlboykott könnten sie die Politiker am meisten ärgern.“¹⁴ Im desolaten Bild, welches die DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt in der öffentlichen Wahrnehmung rechtsextremer Parteien hinterließ, sieht die NPD eine dritte Ursache für ihr schlechtes Abschneiden und gibt an sich selbst den Auftrag aus, „dass schon einmal gegebene, aber gebrochene Vertrauen, wieder zurück zugewinnen.“¹⁵ (Schreibweise im Original)

4. Die Fraktionen der NPD in den Kreistagen des Burgenlandkreises, des Landkreises Harz und des Salzlandkreises

4.1. Personal

Die NPD-Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises besteht aus dem Fraktionsvorsitzenden Andreas Karl (Billroda/OT Tauchardt), Denis Gratzke (Vorsitzender des Kreisverbandes aus Kretzschau) und Lutz Battke (Laucha). Sowohl Karl als auch der gelernte Maurer Gratzke (Jahrgang 1978) waren bereits im Kreistag des alten Burgenlandkreises vertreten¹⁶ und können dementsprechend kommunalpolitische Erfahrungen vorweisen. Andreas Karl kandidierte zudem bei zahlreichen weiteren Wahlen, u.a. 2001 für das Bürgermeisteramt in Laucha und 2006 für das Oberbürgermeisteramt in Halle/Saale. Der gelernte Dachdeckermeister (geboren 1963 in Glauchau) fungierte ab Oktober 2001 als Vorsitzender der NPD Sachsen-Anhalt. In dieser Zeit trat er verschiedentlich als Redner der Partei öffentlich in Erscheinung, beteiligte sich aber auch an Aktionen der „Freien Kameradschaften“. Ideologisch orientiert sich Karl vor allem an den revisionistischen Positionen der „Reichsdeutschen“ und ist mit deren „Exilregierung des Deutschen Reichs“ personell eng verknüpft.¹⁷ Als Vertreter des eher „traditionalistischen“ Flügels der NPD trat er schließlich im Juni 2007 vom Landesvorsitz zurück, ist aber weiterhin im Vorstand der Landespartei vertreten.¹⁸ Ursprünglich parteilos, engagiert sich auch der Schornsteinfegermeister Battke (Jahrgang 1958) seit Jahren für die NPD. Neben seinem Mandat im Kreistag zog er in seinem Heimatort für den Fußballverein BSC Laucha, bei dem er sich ehrenamtlich als Jugendtrainer engagiert, in den Gemeinderat ein.¹⁹

Im Kreistag des Salzlandkreises ist die NPD durch den Fraktionsvorsitzenden und Vorsitzenden des Kreisverbandes Philipp Valenta (Bernburg) sowie Heidrun Walde (Schneidlingen) vertreten. Valenta (Jahrgang 1981) ist seit Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv. Er war Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ in Rheinland-Pfalz und von 2005 bis 2008 Vorsitzender der

¹⁴ Fußnote 13.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, <http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw04/fms/fms211li.html>, abgerufen am 24.02.2009.

¹⁷ Vgl. die Internetseiten der „Reichsdeutschen“, <http://friedensvertrag.info>.

¹⁸ Vgl. Eigenrecherchen der Verfasser/innen und des Vereins Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. sowie Angaben zu verschiedenen Zeitpunkten unter <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/> und/oder <http://www.npd-burgenland.de/>. Weitere Angaben resultieren zudem aus den Kandidatenlisten für die einzelnen Wahlkreise bei den Kommunalwahlen.

¹⁹ Ebd.

JN in Sachsen-Anhalt.²⁰ Im Herbst 2007 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der NPD-Jugend auf Bundesebene gewählt. Seit Februar 2009 ist er zudem im Landesvorstand der NPD Sachsen-Anhalt vertreten. Im Salzlandkreis besitzt Valenta, der nur selten öffentlich auftritt, die Domains mehrerer Internetseiten der JN. Der Student der Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule Bernburg ist außerdem verantwortlich für Produktion und Druck der rechtsextremen Schülerzeitung „Jugend rebelliert“ und organisiert Schulungen für JN-Kader in den angemieteten Räumlichkeiten der JN-Bundesgeschäftsstelle in der Bernburger Innenstadt.²¹ Valentas Stellvertreterin im Kreistag, die gelernte Sekretärin Heidrun Walde (geb. 1948, Sekretärin), ist erst kurz vor den Kommunalwahlen zur NPD gestoßen. Zuvor war sie mit ihrem Mann Peter Walde im Vorstand der Republikaner Sachsen-Anhalt. Seitdem fungiert Heidrun Walde als Schatzmeisterin des Kreisverbandes der NPD und ist seit Februar 2009 im Landesvorstand der Partei vertreten.²² Im Landkreis leitet Walde seit Juli 2007 eine von insgesamt fünf Regionalgruppen des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF) in Sachsen-Anhalt. Zugleich fungiert sie seit kurzem als Landes- und Bundesschatzmeisterin der NPD-Untergliederung.²³

Die Kreistagfraktion der NPD im Harzkreis setzt sich aus dem Fraktionsvorsitzenden Michael Schäfer (Wernigerode) und Tobias Anders (Wasserleben, heute: Wernigerode) zusammen. Schäfer (Jahrgang 1982) zählt seit Jahren zu den herausragenden Akteuren des organisierten Rechtsextremismus in der Harzregion. Er war aktives Mitglied der „Wernigeröder Aktionsfront“,²⁴ die 2005 einem möglichen Verbot seitens des Innenministeriums durch Selbstauflösung zuvorkam, gründete den „JN-Stützpunkt“ Wernigerode mit, ist stellvertretender Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ in Sachsen-Anhalt und wurde im Oktober 2007 zu ihrem Bundesvorsitzenden gewählt.²⁵ Er studierte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Politikwissenschaft. Für einen kurzen Zeitraum war er Mitglied der „Jungen Union“²⁶ und bis zu seinem Ausschluss Mitglied bei dem globalisierungskritischen Netzwerk „Attac“ und gründete gemeinsam mit dem NPD-Kreisverbandsvorsitzenden Matthias Heyder das „Bürgerbündnis Wernigerode“ als Reaktion auf das „Bürger-Bündnis Wernigerode für Weltoffenheit und Demokratie“, einem Zusammenschluss von demokratischen Politiker/innen, Mitarbeiter/innen der Verwaltung sowie Vertreter/innen von Polizei und Zivilgesellschaft. Anders (Jahrgang 1984) ist in mehreren Vereinen aktiv und engagiert sich nach eigenen Angaben insbesondere für den Umweltschutz.

²⁰ Vgl. Homepage der Jungen Nationaldemokraten Sachsen-Anhalt, http://www.jn-sa.de/index.php?option=com_content&task=view&id=255&Itemid=11, abgerufen am 24.02.2009.

²¹ Vgl. Fußnote 18.

²² Vgl. Fußnote 18.

²³ Vgl. Ring Nationaler Frauen, http://www.ring-nationaler-frauen.de/netzseiten/index.php?option=com_content&task=view&id=31&Itemid=47, abgerufen am 24.02.2009.

²⁴ Vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/schaefer-michael>, abgerufen am 07.04.2009.

²⁵ Vgl. NPD-Blog.info: "JN: Schäfer folgt Rochow", <http://npd-blog.info/?p=1139>, abgerufen am 09.10.2008.

²⁶ Vgl. Borchert, Winfried/Koch, Tom 2007: "NPD-Funktionär im Harzer Kreistag: Schwiegermutter-Typ und Scharfmacher. Die zwei Gesichter des Michael Schäfer", in: Volksstimme vom 11.07.2007, S. 2.

4.2. Arbeit und Auftreten in den Kreistagsitzungen

Die NPD ist nach ihren Erfolgen bei den Kommunalwahlen 2007 mit einer klaren Kampfansage an die Mandatsträger/innen der demokratischen Parteien angetreten:

Wir sind die jüngsten Kreistagsabgeordneten und werden zeigen, dass wir als junge, idealistische und freiheitsliebende Menschen einiges verändern können. Uns ist klar, dass wir nicht gewählt wurden, um uns auf das Niveau der BRD-Blockparteien herabzulassen. Wir werden sachpolitische und weltanschauliche Oppositionsarbeit leisten und dafür sorgen, dass die Systemlinge den Kreistag nicht mehr als Selbstbedienungsladen oder Kungelbude missbrauchen können.²⁷

In den zwei Jahren seit der Konstituierung der drei untersuchten Kreistage ist diese Ansage sowohl im Auftreten der NPD-Mandatsträger/innen als auch in Art und Umfang ihrer Arbeit sehr unterschiedlich umgesetzt worden. Im Unterschied zur DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt und der sächsischen NPD-Landtagsfraktion weisen die rechtsextremen Fraktionen in den untersuchten Kreistagen eine personelle Kontinuität sowie eine innere Geschlossenheit auf. Grundsätzlich ließen die drei Fraktionen der NPD folgende Herangehensweisen an die Kommunalpolitik erkennen:

- Fleiß und die Suggestion von Sacharbeit

Insbesondere im Harzkreis trat die NPD mit einer Vielzahl von Anfragen und Anträgen zu verschiedenen Themenfeldern in Erscheinung. Sie präsentierte sich damit nach außen als die aktivste Fraktion im Kreistag und vermittelte den Eindruck, an einer intensiven und sachlichen Auseinandersetzung mit den demokratischen Fraktionen hinsichtlich der anfallenden kommunalpolitischen Belange interessiert zu sein. Im Vergleich hierzu legte die NPD im Burgenlandkreis deutlich weniger Anträge und Anfragen hervor. Im Salzlandkreis war sie im Beobachtungszeitraum während der Sitzungen des Kreistages so gut wie inaktiv.

Schwerpunkte der Vorlagen bildeten die Politikfelder Inneres, Soziales und Umwelt und spiegeln damit einerseits die programmatische Neuausrichtung der NPD nach 1997 und andererseits thematische Präferenzen der rechtsextremen Mandatsträger wider. Dabei versuchten die Fraktionen im Burgenlandkreis und im Harz, sich als Vertreterinnen des „kleinen Mannes“ darzustellen und zugleich gesellschaftlich relevante Themen noch vor den demokratischen Parteien aufzugreifen.

So reichte z.B. auf der Sitzung des Kreistages Harzkreis vom 12. Dezember 2008 die NPD-Fraktion eine Vorlage zur Erstellung eines Armutsberichtes für den Landkreis Harz ein, der sich an bestehenden Berichten des Bundes orientieren sollte. Zur „signifikanten Verbesserung der Arbeitsmarktsituation“ forderten die rechtsextremen Abgeordneten im Harz am 16. April 2008 eine Förderung für kleine und mittlere Unternehmen. Die Kostendeckung sollte u.a. durch eine Streichung der Zuwendung für ein Jugendzentrum in Halberstadt erfolgen, dass vorrangig von nicht-rechten und linken Jugendlichen besucht wird.

²⁷ Michael Schäfer in einer Pressemitteilung der NPD vom 12.06.2007.

- Provokationen und Störung der Sitzungen

Vor allem im Burgenlandkreis ließen die NPD-Abgeordneten provokativ ihr Desinteresse an der Arbeit des Kreistages erkennen. Sie stellten mit ihrem Auftreten sowie mit ihren Anträgen und Anfragen die Legitimität von Kreistag und Verwaltung in Frage und missachteten die Übereinkünfte zum ordentlichen Ablauf der Sitzungen. Immer wieder erfolgten verbale Angriffe auf den Landrat und einzelne Mitglieder anderer Fraktionen. In Absprache mit NPD-Sympathisant/innen unter den Besucher/innen der Sitzungen kam es zu lautstarken Störungen und Unmutsbekundungen. Auch im Harzkreis tat sich die NPD mit gezielten Provokationen hervor.

Auf die konsequente Ausgrenzung der NPD-Fraktion sowie die Ablehnung aller ihrer Vorlagen durch die demokratischen Abgeordneten reagierte Michael Schäfer beispielsweise mit einem Antrag zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Demokratie auch im Harz“. In seiner Einbringungsrede sah er das Verhalten der demokratischen Fraktionen als Ausdruck von „Intoleranz, Ignoranz, Inkompetenz, Hass oder schlicht Unfreiheit.“ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass er seine Rede mitsamt den Schmähungen vom Blatt ablas und dies später auf der fraktionseigenen Homepage veröffentlichte.²⁸ Neben solchen verbalen Diffamierungen setzt die NPD auch immer wieder auf ein provokatives Erscheinungsbild. So trugen alle drei NPD-Abgeordneten des Burgenlandes auf der Sitzung am 17. Dezember 2007 T-Shirts mit der Aufschrift „Mein Freund ist Ausländer“ und dem Bild des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad.

- Inaktivität

Entgegen der Ankündigungen im Vorfeld der Kommunalwahlen blieb die NPD im Salzlandkreis auf Ebene der Kreistage weitgehend inaktiv. Ihre Mandatsträger/innen waren zwar regelmäßig anwesend und nahmen auch an diversen Sitzungen der Kreistagausschüsse teil, stellten jedoch keinerlei Anträge und Anfragen. Trotz dieser Inaktivität nutzte die Partei jedoch immer wieder ihre Internetseiten, um die Beschlüsse des Kreistages kritisch zu kommentieren und sich selbst als einzige oppositionelle Kraft darzustellen.

Zum Beispiel sprach sich angesichts der geplanten Erhöhung der Kreisumlage sprach der NPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Valenta auf der parteieigenen Homepage wortreich für das Wohl der Städte und Gemeinden aus und kündigte gemeinsame Protestaktionen mit den betreffenden Stadt- und Gemeinderäten an.²⁹ Im Kreistag hingegen brachte die NPD-Fraktion weder einen Antrag ein noch äußerte sie sich öffentlich zum Thema.

Betrachtet man die Inhalte der Anträge und Anfragen der NPD sowie ihr Auftreten in den untersuchten Kreistagen der letzten zwei Jahre, so lassen sich jenseits der praktischen Herangehensweisen an die kommunale Arbeit lassen sich hinsichtlich der Intention folgende Schlüsse ziehen:

²⁸ Vgl. <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz//content/view/162/46/>, abgerufen am 07.04.2009.

²⁹ Vgl. <http://www.npd-sachsen-anhalt.de/salzland/2362-schluss-mit-der-erhoehung-der-kreisumlage-im-salzland.html>, abgerufen am 07.04.2009.

- Ideologietransfer

Die NPD-Fraktionen nutzen den Kreistag als Bühne zur Propagierung ihres völkischen und autoritären Gesellschafts- und Staatsverständnisses. Zahlreiche Anträge und Initiativen versuchen die programmatischen Schwerpunkte der Partei in (kommunal-)politische Initiativen zu überführen.

Andreas Karl unterstrich in seiner Rede zum Antrag seiner Fraktion zur kostenfreien Schülerbeförderung durch den Nahverkehr vom 29. Oktober 2008, dass die NPD die ersten wären, die dieses Anliegen in den Kreistag eingebracht hätten und machte aus seiner rassistischen Grundhaltung keinen Hehl: „Zuerst kommen wir, die hier geboren sind, und dann die Ausländer.“

- Ausbau der kommunalen Verankerung

Im Gegensatz zum Wahlkampf bemühen sich die NPD-Fraktionen, regionale Themen – insbesondere in den Politikfeldern Soziales und Umwelt – aufzugreifen und sich als Interessenvertreter des „kleinen Mannes“ darzustellen. Ihrem Anspruch, für den Bürger da zu sein, können sie nach eigener Darstellung jedoch nicht nachkommen, da sie regelmäßig an den Beharrungskräften der „etablierten Blockparteien“ scheitern würden.

So thematisierte die NPD-Fraktion im Burgenlandkreis am 17. Dezember 2007 die Folgen des Braunkohlebergbaus für die Region und verband diese mit der Blut- und Boden-Ideologie der extremen Rechten. Der geplante Braunkohlebergbau sei, so Andreas Karl, „ein Raubbau an Natur und Menschen, eine desaströse Vertreibung und Aushebelung der Demokratie der BRD“. Diese „Enteignung von Grund und Boden, für das man Blut und Schweiß geopfert“ hätte, sei „nicht hinzunehmen, weswegen man unsere Heimat und Menschen schützen“ müsste.

- Zugang zu Informationen

Mittels verschiedentlich Anfragen versuchten die NPD-Fraktionen bestehende Wissenslücken zu schließen. Dies betraf insbesondere die finanzielle Förderung sowie die personelle Besetzung von Projekten und Gremien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die staatliche Repressionen gegen extrem rechte Organisationen und Strukturen.

Gleich mehrere Anfragen hatten die Umsetzung des so genannten Lokalen Aktionsplans, ein vom Bundesfamilienministerium gefördertes Instrument zur Demokratiestärkung, im Harzkreis zum Thema. Konkret fragte die NPD-Fraktion nach Förderhöhen und Inhalten von geförderten Projekten und stellte grundsätzlich das Anliegen des Programms in Frage.

- Kompetenz- und Erfahrungszuwachs

Die Fraktionen der NPD sind zweifelsohne mitunter bereit, aus Fehlern zu lernen und sich in begrenztem Maße den parlamentarischen Spielregeln zu unterwerfen. So werden eigene Anträge, die aus formalen Gründen abgelehnt bzw. von der Tagesordnung abgesetzt wurden, in veränderter Form wieder in den Kreistag eingebracht. Diese Kompetenzen könnten für die NPD später auf Landes- oder

gar Bundesebene nützlich sein, fehlt es ihr doch bisher an sachkundigem und erfahrenem Personal.

Der weiter oben erwähnte Antrag zur konsequenten Anwendung der deutschen Sprache in Bildungseinrichtungen des Landkreises Harz wurde bei der ersten Einbringung durch die NPD-Fraktion mit Verweis auf den in der Geschäftsordnung geregelten Umgang bei Nicht-Zuständigkeit des Kreistages von der Tagesordnung genommen. In der folgenden Sitzung brachte die NPD die Vorlage nun dergestalt ein, dass der Kreistag aufgefordert wurde, eine Resolution an die Landesregierung zu verabschieden, das Vorhaben über Erlasse des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt umzusetzen.

- Parlament als Bühne der politischen Auseinandersetzung

Eingebrachte Anträge werden dazu genutzt, den politischen Gegner im Parlament, auch persönlich, zu attackieren. Dies führte gar schon zu juristischen Auseinandersetzungen.³⁰

4.3. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit der NPD-Fraktionen im Burgenlandkreis und im Harzkreis konzentriert sich weitestgehend auf Internetpräsenzen, die von den Kreistagsitzungen berichten sowie eigene Anträge und Anfragen dokumentieren.³¹ Bis vor kurzem waren dabei die Webseiten der NPD im Burgenlandkreis im Erscheinungsbild eher konservativ und altbacken. Einzelne Rubriken wurden nur spärlich unterfüttert und nur unregelmäßig aktualisiert. Der Internetauftritt der NPD im Harz war sehr viel ausführlicher und enthielt zudem die Vorstellung der beiden regionalen Mandatsträger Michael Schäfer und Tobias Anders. Nach eigenen Angaben haben in den ersten anderthalb Jahren der Legislaturperiode mehr als 30.000 Personen diese Seiten besucht. Bedingt durch die Reichweite des Internets lassen sich jedoch keine fundierten Aussagen über die tatsächliche Resonanz der Harzer Webpräsenz treffen. Mittlerweile wurde das Design der beiden Fraktionsauftritte im Netz überarbeitet und mit den Seiten des NPD-Landesverbandes abgeglichen. Hier finden sich auch vereinzelt Informationen zur Arbeit der NPD im Salzlandkreis, die zunächst ebenfalls eigene Internetseiten besaß³², die jedoch kaum gepflegt worden waren.

Darüber hinaus bemühte sich insbesondere die NPD-Fraktion im Harzkreis auch in eigenen und szeneeigenen Printmedien in Erscheinung zu treten. So veröffentlichte sie am 24. Juni 2008, also knapp ein Jahr nach der konstituierenden Sitzung des Kreistages ein Flugblatt³³, indem Michael Schäfer und Tobias Anders ihre Arbeit im Kreistag als Erfolg werteten sowie sich mit ihrem Werdegang und ihren Themenschwerpunkten vorstellten. Dabei bekräftigte die NPD-Fraktion ihren Anspruch, als einzige den „Altparteien“ wirkungsvoll entgegenzutreten. Nach Informationen demokratischer Mandatsträger wurde das Flugblatt nahezu flächendeckend im Landkreis Harz als Postwurfsendung verteilt. Zudem präsentierten sich die beiden Mandatsträger mit Interviews und Artikeln

³⁰ Koch, Tom 2008: "Nach öffentlicher Beleidigung in einer Kreistagssitzung: 400 Euro Strafe für NPD-Politiker", in: Volksstimme vom 20.09.2008, S. 2.

³¹ Vgl. <http://www.npd-burgenlandkreis.de/blog/> und <http://muchacho.powweb.com/npd-fraktion-harz/>.

³² Vgl. <http://www.npd-salzland.de>, abgerufen am 16.07.2007.

³³ Vgl. NPD-Fraktion im Kreistag Harz: „Frischer Wind jetzt auch im Harz“, <http://www.server100.de/media/Flugi.pdf>, abgerufen am 15.10.2008.

in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“³⁴ und dem JN-Organ „Jugend rebelliert“³⁵.

Die lokalen und landesweiten demokratischen Medien schenken der Arbeit der NPD-Fraktionen in den drei untersuchten Kreistagen kaum Beachtung. Nur bei skandalträchtigen Momenten ließen die Medien ein Interesse für die Mandatsträger/innen der NPD vor Ort erkennen. So stieß etwa der so genannte T-Shirt-Eklat in der Kreistagsitzung des Burgenlandkreises vom 17. Dezember 2007 auf ein bundesweites Echo in den Zeitungen sowie in der Berichterstattung von Rundfunk und Fernsehen. Ebenfalls große mediale Aufmerksamkeit erzielte der Versuch der sachsen-anhaltischen Landesregierung, Lutz Battke aus Laucha wegen seiner NPD-Aktivitäten sein Kehrbezirk als Schornsteinfeger zu entziehen. Der aus Sicht des Landes erfolglose Ausgang – die Gerichte hatten letztendlich zugunsten Battkes entschieden – fand hingegen kaum mehr öffentliche Beachtung.

4.4. Fazit

Das Agieren der NPD in den untersuchten Kreistagen Sachsen-Anhalts wird in ähnlicher Form auch für kommunale Gremien anderer Bundesländer beschrieben. Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Sachsen kommen die Verfasser/innen entsprechender Studien³⁶ zum Ergebnis, dass in den meisten Fällen keine aktive Arbeit der rechtsextremen Mandatsträger/innen festzustellen war. Allein die Anwesenheit im Parlament, die Ausnutzung der damit verbundenen Infrastruktur sowie der Informations- und Erfahrungsgewinn scheinen hier von Bedeutung zu sein. Hingegen kann nur in wenigen Gemeinden und Landkreisen von einer aktiven Kommunalpolitik der NPD gesprochen werden. Die Arbeit der Partei ist dabei stark an das Engagement und die Erfahrungen einzelner Abgeordneter gebunden oder resultiert – wie in den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin³⁷ – aus gemeinsamen strategischen Absprachen zwischen den einzelnen NPD-Fraktionen. Wie auch im Burgenlandkreis und im Harzkreis konnten die Forscher/innen vor allem in Berlin zahlreiche Aktivitäten beobachten, die einerseits kommunalpolitische Themen mit neonazistischen Ideologieelementen verbanden sowie andererseits die demokratischen Parteien provozierten oder verbal attackierten.

Die NPD legt für den Erfolg ihrer parlamentarischen Arbeit in den kommunalen Gremien nicht die gleichen Kriterien wie die demokratischen Parteien an. Ihr geht es nicht um die Lösung kommunaler Aufgaben innerhalb der politischen Arena, die die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik vorgibt. Die rechtsextreme Partei verfolgt vielmehr andere Absichten: „Ziel ist und bleibt die Systemüberwindung, der Weg dahin führt über gefestigte Strukturen in und außerhalb der Parlamente.“³⁸

³⁴ Vgl. Schäfer, Michael 2008: „Stachel im Fleisch der Etablierten. Ein Jahr NPD in den Kreistagen von Sachsen-Anhalt – Zeit für Grundsätzliches“, in: Deutsche Stimme 10/2008, S. 8 und Interview mit Michael Schäfer: „Wir stehen für einen modernen Nationalismus“, in: Deutsche Stimme 12/2007, S. 3.

³⁵ Vgl. Interview mit Michael Schäfer und Tobias Anders: „Jugend in den Parlamenten!“, in: Jugend Rebelliert 2/2007.

³⁶ Beier, Katharina et al. 2007: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald und Braune, Sven et al. 2008: „Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens“, in: Uwe Backes u. Henrick Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden Baden, S. 175-207.

³⁷ Vgl. Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (Hrsg.) 2008: Berliner Erfahrungen. Zwei Jahre demokratische Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien, Berlin.

³⁸ Matthias Heyder in einer Pressemitteilung der NPD vom 15. April 2009.

5. Reaktionen der demokratischen Fraktionen

Die seit Beginn der Legislatur vorherrschende Passivität der rechtsextremen Fraktion im Kreistag des Salzlandkreises forderte die demokratischen Mandatsträger/innen bisher nicht zu einer Stellungnahme heraus, während die parlamentarischen Aktivitäten einerseits wie die Provokationen und Angriffe andererseits in den beiden Kreistagen des Burgenlandes und des Harzkreises für demokratische Abgeordnete eine in der parlamentarischen Arbeit immer wiederkehrende Herausforderung darstellten. Lediglich im Kreistag Harz verständigten sich die demokratischen Fraktionen im Vorfeld der konstituierenden Sitzung über den Umgang mit den beiden rechtsextremen Mandatsträgern und verfassten eine gemeinsame, öffentlich vorgestellte Erklärung, die u.a. die Auseinandersetzung mit der NPD im parlamentarischen Raum regeln sollte. Die Umsetzung der getroffenen und in der Erklärung festgehaltenen Verabredung zum Umgang mit der NPD-Fraktion gestaltete sich in der parlamentarischen Praxis aufgrund differierender Einschätzungen unter den Demokrat/innen hinsichtlich der Funktionen und Wirkungen der parlamentarischen Initiativen der Rechtsextremen als schwierig.

Mehrheitlich wurden Vorlagen der NPD in den drei Kreistagen mit den Stimmen aller demokratischen Abgeordneten abgelehnt, auch wird für die Zukunft eine direkte Zusammenarbeit mit den rechtsextremen Mandatsträger/innen ausgeschlossen. Die argumentative Erwiderung, die mit einer, wenn nötig, offensiven Darlegung der antidemokratischen und menschenverachtenden Ideologie in den Anträgen und Anfragen der NPD einhergeht, wird nur von einzelnen, im Themenfeld erfahrenen Abgeordneten praktiziert. Es überwog die Meinung, möglichst rasch die Anfragen und Anträge abzuhandeln, um den NPD-Abgeordneten nicht unnötig Raum zur Selbstinszenierung und öffentlichen Darstellung ihrer programmatischen Positionen zu überlassen.

Ferner erwies sich die konsequente Anwendung der Geschäftsordnung bei Nicht-Einhaltung der Regeln des Kreistages als schwierig. So überschritten die NPD-Kreistagsabgeordneten im Harz- und Burgenlandkreis wiederholt die vorgesehenen Redezeiten, ließen sich zu verbalen Ausfällen bis hin zu Beleidigungen demokratischer Mandatsträger/innen, der Kreistagsvorsitzenden oder Vertreter/innen demokratischer Institutionen im Land hinreißen, ohne dass diese Verstöße von der Sitzungsleitung durchgehend konsequent geahndet worden wären. Hier zeigte sich deutlich eine Unerfahrenheit wie auch Überforderung im Umgang mit rechtsextremen Provokationen.

Eine besondere Herausforderung für die Mitglieder der demokratischen Fraktionen stellen die Vorwürfe der NPD-Mandatsträger/innen dar, bei den anderen Abgeordneten handle es sich nicht um Demokraten, das politische System der Bundesrepublik Deutschland sei fürderhin nicht demokratisch und es gelte keine Meinungsfreiheit. Diese Behauptungen finden sich in Anträgen, Anfragen, Zwischenrufen und öffentlichen Berichten zu den Kreistagssitzungen bzw. den parlamentarischen Tätigkeiten der NPD-Fraktionen. Die verweigerte Anerkennung der Legitimität der Bundesrepublik Deutschland durch einzelne rechtsextreme Mandatsträger lässt bei diesen eine Anerkennung der parlamentarischen Gepflogenheiten vermissen.

6. Empfehlungen zum Umgang mit der NPD in kommunalen Gremien

Auf Grundlage der mit dieser Studie gewonnenen Erkenntnisse werden im Folgenden einige Empfehlungen für einen möglichen Umgang der demokratischen Parteien mit der NPD in kommunalen Gremien vorgestellt. Neben den Beobachtungen der Arbeit in den drei untersuchten Kreistagen basieren diese Empfehlungen auch auf den Erkenntnissen aus anderen Bundesländern. Nicht zuletzt fanden zudem die Erfahrungen von Kommunalpolitiker/innen demokratischer Parteien in Sachsen-Anhalt Eingang in die Überlegungen. Die beschriebenen Handlungsoptionen sollen helfen, einer Normalisierung rechtsextremer Positionen im Alltagsdiskurs entgegenzutreten, die Verbreitung rechtsextremer Ideologie über die Parlamente zu begrenzen sowie Wähler/innen rechtsextremer Parteien für die Demokratie zurückzugewinnen.

Das instrumentelle Verhältnis der NPD zum Parlamentarismus und ihr grundsätzliches antidemokratisches Agieren machen es erforderlich, beim Umgang mit der Partei nicht nur die Arbeit in den Kreistagen in den Blick zu nehmen, sondern auch deren öffentliche Resonanz sowie die Interaktion mit der außerparlamentarischen Neonaziszene und der regionalen Bevölkerung. Daraus ergibt sich ein komplexes Handlungsfeld, das von den demokratischen Parteien immer wieder analysiert werden muss, um einen adäquaten Umgang mit dem Rechtsextremismus zu finden. Hierzu zählt nicht nur das Agieren auf der rein parlamentarischen Ebene, sondern auch das Bemühen um eine demokratische Lösung von Aufgaben und Problemen innerhalb der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig gilt es deutlich gegen den Rechtsextremismus Stellung zu beziehen: z. B. in den eigenen Strukturen, in der kommunalen und medialen Öffentlichkeit, im bürgerschaftlichen Engagement oder in der Jugendarbeit. Grundsätzlich sollte das Wirken der demokratischen Parteien inner- und außerhalb des Parlaments auf die Stärkung einer vielfältigen und toleranten Zivilgesellschaft zielen.

Daher verstehen sich die folgenden Empfehlungen nicht als festes Regelwerk für eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, sondern als Orientierungshilfe im parlamentarischen Alltag.

1. Keine Zusammenarbeit mit der NPD

Die NPD ist keine demokratische Partei. Ihre Anwesenheit und Arbeit im Parlament darf nicht zur Normalität werden. Für die NPD ist die Teilhabe an der parlamentarischen Arbeit nur Mittel zur Abschaffung des Parlamentarismus und der Demokratie.

2. Verständigung der demokratischen Parteien über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der NPD

Eine ablehnende Haltung gegenüber der NPD sollte von Beginn an Konsens sein. Wichtig sind gemeinsame Absprachen über den Umgang mit Rechtsextremen sowohl bei den Plenarsitzungen als auch in der Ausschussarbeit. So könnten etwa im Vorfeld von Sitzungen informelle Arbeitstreffen der demokratischen Parteien organisiert werden.

3. Auseinandersetzung mit den Inhalten und Aktivitäten der NPD

Um auf rechtsextreme Mandatsträger/innen adäquat reagieren zu können, bedarf es der Kenntnis über Programmatik, Zielsetzung und Aktivitäten ihrer Partei und ihres Umfelds. Zumindest jeweils ein Mitglied der demokratischen Fraktionen sollte sich intensiv mit dem Agieren der NPD auseinandersetzen und als Ansprechpartner in entsprechenden Fragen fungieren. Ebenso wichtig ist die eigene Besinnung auf demokratische Werte sowie die Menschen- und Bürgerrechte.

4. Der NPD keine Bühne für die Verbreitung ihrer Ideologie bieten

Eine konsequente Auseinandersetzung mit den Inhalten und Aktivitäten der neonazistischen Partei heißt nicht, eine Auseinandersetzung *mit* ihren Mitgliedern zu führen. Die Möglichkeit der Rechtsextremen zur Selbstdarstellung im Parlament sollte so weit wie möglich begrenzt werden.

5. Keine Einschränkung demokratischer Spielregeln

Kleine Fraktionen, Einzelpersonen und Wählervereinigungen sollten in die Arbeit der größeren demokratischen Fraktionen eingebunden werden. Änderungen etwa der Geschäftsordnung – aus der Motivation heraus, die Abgeordneten der NPD in ihrem Handlungsspielraum einzuschränken – sollten nicht zu Lasten der demokratischen Mitbestimmung aller vorgenommen werden. Die Demokratie lässt sich nicht gegenüber dem Rechtsextremismus verteidigen, indem man sie einschränkt. Jede dieser Einschränkungen ist bereits ein Sieg für die Rechtsextremen.

6. Offensiver Umgang mit den Medien

In der Öffentlichkeit sollten die demokratischen Parteien ihre Positionen gegenüber der NPD deutlich vermitteln. Das eigene Handeln im Parlament und der Ausschussarbeit sollte transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar gestaltet werden.

7. Niemals einem Antrag der NPD zustimmen, auch wenn er noch so sachlich und ideologiefrei daherkommt

Jede Ablehnung eines solchen Antrags kann mit dem demokratiefeindlichen Charakter der rechtsextremen Antragssteller/innen und ihrer Instrumentalisierung der Parlamentsarbeit begründet werden. Es empfiehlt sich, eine ausufernde Sachdebatte zum Thema der Anträge und Anfragen zu vermeiden und gleichzeitig populistische Argumente der Rechtsextremen zurückzuweisen.

8. Deutlich Stellung gegen die Positionen der NPD beziehen

Um dabei den rechtsextremen Inhalten keinen unnötig langen Raum in der öffentlichen Debatte zu geben, ist es sinnvoll, für die Zurückweisung solcher Inhalte jeweils ein kompetentes, inhaltlich und rhetorisch geschultes Fraktionsmitglied zu bestimmen oder sich interfraktionell auf eine/n gemeinsamen Antwortgeber/in zu einigen.

9. *Eigene Themen setzen bzw. sich die Themen nicht von der NPD nehmen lassen*

Falls es Abgeordneten der NPD gelingt, einen inhaltlich sinnvollen Antrag in die Sitzung als Erste einzubringen, lassen sich diese Anträge - mit gewissem zeitlichen Abstand - oft ähnlich formuliert mit wenigen inhaltlichen Modifikationen durch demokratische Parteien erneut einbringen.

10. *Keine Debatten über sachfremde Themen bzw. Themen zulassen, die nicht in die Zuständigkeit der eigenen Körperschaft gehören*

Die NPD nutzt die Parlamente gern als Bühne, um über Grundsätze ihrer Ideologie zu reden. Hier hilft eine konsequente Sitzungsleitung um solche Debattenbeiträge von vornherein zu unterbinden. Bei Bedarf können unnötige und durch rechtsextreme Ideologie geprägte Debatten auch vermieden werden, indem man auf die Behandlung in den Ausschüssen verweist.

11. *Instrumentarien der Geschäftsordnung und Sitzungsleitung konsequent nutzen*

Um gezielte Störungen der parlamentarischen Arbeit zu unterbinden, kommt es vor allem auf eine überlegte und konsequente Sitzungsleitung an, die etwa auf die Einhaltung der Redezeit achtet, Beleidigungen und Drohungen mit Ordnungsrufen ahndet sowie ggf. den Ausschluss von Störer/innen von der Sitzung veranlasst. Um dem Missbrauch des Parlaments durch Abgeordnete der NPD zu begegnen, können auch entsprechende Regelungen in der Geschäftsordnung zum Fragerecht während der Sitzungen hilfreich sein. Außerdem können Regelungen zur Abgabe persönlicher Erklärungen getroffen werden (z. B. Begrenzung ihrer Anzahl je Sitzung).

12. *Regeln für Besucher/innen der Sitzung formulieren*

Mitunter nutzen Rechtsextreme als Besucher/innen gezielt die Möglichkeit, mit ihrem Verhalten die NPD in ihrem störenden Agieren zu unterstützen bzw. Vertreter/innen demokratischer Parteien einzuschüchtern. Eine konsequente Sitzungsleitung sollte dies unterbinden und ggf. vom Hausrecht Gebrauch machen (Ausschluss von den Sitzungen, Hausverbote). Wenn nötig, kann dabei auch die Polizei zur Hilfe gerufen werden.